Recht auf Einsichtnahme in die anonymisierten Urteile in der Rechtsangelegenheiten der Minderjährigen*

Von Associate-Prof. Dr. *Moris Shalikashvili*, LL.M (Hamburg), Iwane-Dschawachischwili-Staatliche-Universität Tbilisi

Wir müssen der Wissenschaft eine besondere Beachtung schenken, denn sie rettet unser Volk. Wenn wir die Wissenschaft verlieren und vergessen, geht das georgische Volk zugrunde. Die Wissenschaft ändert die Natur und Charakter eines Menschen. Wenn ein Mensch gebildet ist, fühlt er sich verantwortlicher gegenüber Gott, Heimat und Familie.¹

Ilia II. Katholikos, Patriarch von Georgien

I. Einführung

Am 16. Februar 2023 wandte sich der Autor an die Stadtgerichte von Tbilisi, Kutaisi, Rustavi, Gori und Batumi und beantragten im Rahmen des allgemeinen Anspruchs auf Auskunft über öffentliche Informationen Zugang zu den Urteilen, die gegen Minderjährige erlassen wurden. In **anonymisierter Form** sollten diese Urteile einem wissenschaftlichen Zweck dienen. Alle Gerichte lehnten unsere Anfrage aber mit unterschiedlich lautenden Antworten ab, stets jedoch ohne eine stichhaltige Begründung. So führte das Stadtgericht von Tbilisi aus: „Da der Zweck einer nichtöffentlichen Gerichtsverhandlung in der Wahrung der Rechte der am Verfahren beteiligten Personen, sowie der Vermeidung der Offenlegung von Staats-, Berufs-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen dient, wird bei derartigen Entscheidungen von einer Vorbereitung zur Veröffentlichung und der Einstellung in öffentlich zugängliche Datenbanken abgesehen.“ Laut Aussage des Stadtgerichts Kutaisi ist die Einsicht in Gerichtsurteile in der Rechtsangelegenheiten Minderjährigen „nur Prozessbeteiligten oder Dritten, die gleichzeitig schriftliche Einwilligungen beider Parteien vorlegen können, möglich.“ Das Stadtgericht von Rustavi erklärte wiederum: „Die Suche und Bereitstellung der angefragten Informationen, verursacht einen Auf-

wand an Zeit und anderen Ressourcen, der den Gerichtsbetrieb erheblich beeinträchtigen könnte. Daher ist das Stadtgericht von Rustavi nicht im Stande dem Antrag zu entsprechen.“ Nach der Antwort des Stadtgerichts von Batumi, entspreche der Antrag auf Zugang zu öffentlichen Informationen nicht den formalen Anforderungen und sei aus diesem Grund abzulehnen.

Gegen die Ablehnung des Antrags durch das Stadtgericht Tbilisi wurde bei selbigem Widerspruch eingelegt. Durch die Entscheidung N 3/3443-23 des Stadtgerichts Tbilisi vom 9. Oktober 2023 wurde der Widerspruch abgelehnt. In den Ablehnungen seitens der Gerichte lassen sich zwei wesentliche Aspekte erkennen, nämlich der Gedanke bzw. das Bedenken die Privatsphäre verurteilter Jugendlicher verletzen zu können und die Befürchtung einer Überlastung des Gerichts, die auf einen Mangel an Ressourcen zurückzuführen ist.

Ziel der Gesuche auf Einsicht in die Gerichtsentscheidungen war es, diese Entscheidungen zu analysieren und die daraus gewonnenen Ergebnisse in die universitäre Lehre zu implementieren. So sollten die Fehler und Mängel, die in der Praxis der Jugendgerichtsbarkeit bestehen, identifiziert und zum Gegenstand einer Diskussion gemacht werden, als deren Ergebnis Vorschläge zur Verbesserung gemacht hätten werden können.

Ziel des vorliegenden Artikels ist es, eine Diskussion darüber anzustoßen, ob die Urteile, Beschlüsse und sonstige Entscheidungen in Rechtsangelegenheiten von Jugendlichen der Öffentlichkeit in **anonymisierter Form** zu wissenschaftlichen Zwecken zur Verfügung gestellt werden dürfen.

* Deutsche Übersetzung des Aufsatzes von Frau Dr. *Nino Mtchedlishvili*, Lektoratsmitglied der Deutsch-Georgischen Strafrechtszeitschrift (DGStZ).

¹ Auszug aus der Sonntagspredigt vom 26.01.2024, <https://www.ambebi.ge/article/95382-patriarki-pulisa-da-chamasmis-siqvarulze-ilia-meores-sakvirao-kadageba/> (zuletzt abgerufen: 04.07.2024)

II. Das Wesen der Wissenschaft und die Bedeutung der akademischen Freiheit

1. Das Wesen der Wissenschaft

Am 7. November 1917 hielt der deutsche Soziologe *Max Weber* eine Rede unter dem Titel „Wissenschaft als Beruf“.² *Weber* sprach dabei von der Wissenschaft als einer Idee bzw. einem idealen Konzept das darauf abziele auf Rationalität basierte gesellschaftliche Änderungen herbeizuführen. Wissenschaft bedeutete für *Weber* eine Welt, in der sich der Mensch Kenntnisse verschaffen kann.³ Nach *Weber* war die Wissenschaft eine geistes- aristokratische Angelegenheit.⁴

Die Grundlage eines wissenschaftlichen Erkenntnis- bzw. Verständnisprozesses ist das Wissen. „Wissen ist das Durchdachte, Geordnete, Erklärte, Begründete [...] Unter Wissenschaft versteht man zunächst die Gesamtheit dessen, was durch Forschung und Lehre überliefertes Wissen ist, im Unterschied zu dem, was man glaubt oder meint.“⁵ Andererseits ist „die Wissenschaft ein Prozess. Wissenschaft besteht im Forschen. Man versucht ernsthaft und planmäßig, schrittweise, mit bestimmten, wohl überlegten Methoden Wissen über eine Sache zu gewinnen. In diesem Sinne ist Wissenschaft die Suche nach Wahrheit.“⁶ Das Strafrecht – und mit ihm das Jugendstrafrecht – ist die „letzte Möglichkeit (ultima ratio) die soziale Ordnung zu schützen. Sie ist die schärfste Waffe in der Hand eines Staates.“⁷ Demensprechend ist die wissenschaftliche Forschung zum Einsatz dieser „scharfen Waffe“ gegenüber Jugendlichen von besonderem gesellschaftlichen Interesse.

In seiner Entscheidung vom 26. Oktober 2007 in der Rechtssache „Bürgerin von Georgien Maia Natadze und

andere gegen das Parlament und den Präsidenten von Georgien“ betont das georgische Verfassungsgericht die Bedeutung wissenschaftlicher Tätigkeit und stellt fest, dass „[...] für die wissenschaftliche Tätigkeit ein auf der Suche nach Wahrheit basierender Erkenntnisprozess, methodisch orientiertes, kritisches Denken sowie die Weitergabe des Wissens und der Erfahrung kennzeichnend sind. Wie wir sehen, umfasst die Wissenschaft die eng miteinander verbundenen Komponenten der Forschung und der Lehre.“⁸ In dieser Entscheidung verbindet das Verfassungsgericht die Teilnahme am kulturellen Leben nicht nur mit der Möglichkeit, sich der wissenschaftlichen Forschung widmen zu können, sondern auch damit, Wissen an andere weiterzugeben und ihnen das Lernen zu ermöglichen.⁹ Für das Verfassungsgericht stehen die wissenschaftliche Forschung und Lehre somit in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesellschaft. Die wissenschaftliche Forschung und Lehre üben einen großen Einfluss auf die Entwicklung eines Landes aus. Bildung ist die Voraussetzung für die individuelle berufliche Entwicklung und stellt damit einen bedeutenden Aspekt für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dar.¹⁰ Demnach fördern Wissenschaft und Lehre die individuelle intellektuelle Entwicklung des Individuums, die ihrerseits wiederum eine umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen soll.

Als Teil der Sozialwissenschaften und bezweckt die Rechtswissenschaft die Regulierung sozialer Beziehungen. Diesbezüglich werden ihr drei Aufgaben bzw. Funktionen zugewiesen.¹¹ **(1) Die Entlastung der Rechtspraxis (darunter der Gerichtspraxis)** – „Die Rechtspraxis (Gerichtspraxis) kann auf die Ergebnisse der Rechtsdogmatik zurückgreifen und muss die dort erbrachte Ordnungsleistung nicht erst selbst in jedem Einzelfall neu erbringen. Warum die getroffene Ent-

² *Mehling, Gabriele*, Was ist Wissenschaft?, <https://fis.uni-bamberg.de/server/api/core/bitstreams/33c56bac-e4d3-4336-afee-f78ee49268ce/content> (zuletzt abgerufen: 03.07.2024).

³ *Mehling, Gabriele*, Was ist Wissenschaft?, <https://fis.uni-bamberg.de/server/api/core/bitstreams/33c56bac-e4d3-4336-afee-f78ee49268ce/content> (zuletzt abgerufen: 03.07.2024).

⁴ https://www.molnut.uni-kiel.de/pdfs/neues/2017/Max_Weber.pdf, S. 480. (zuletzt abgerufen: 03.07.2024).

⁵ *Muthorst, Olaf*, Grundlagen der Rechtswissenschaft. Methode – Begriff – System, 2019, S. 1.

⁶ Ebd.

⁷ *Turava, Merab*, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Die Lehre von der Straftat, 2018, S. 18.

⁸ *Tughushi, Teimuraz./Burjanadze, Giorgi/Mshvenieradze, Giorgi/Gotsiridze, Giorgi./Menabde, Vakhushti*, Menschenrechte und die Rechtsprechung des georgischen Verfassungsgerichts, Die Rechtsprechung in den Jahren 1996-2012, 2013, S. 470.

⁹ Ebd.

¹⁰ *Kantaria, Beka*, Art. 35, Kommentar zur georgischen Verfassung, Kapitel II, georgische Staatsangehörigkeit, Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen, 2013, S. 424.

¹¹ *Muthorst, Olaf*, Grundlagen der Rechtswissenschaft Methode – Begriff – System, 2019, S. 12 f.

scheidung die richtige ist, kann mit den von der Rechtsdogmatik geschaffenen Instrumenten leichter und präzise begründet werden“;¹² (2) „**Die stabilisierende Funktion**, demnach kann die Rechtspraxis (Gerichtspraxis) auf Lösungen zurückgreifen, die sich in der rechtsdogmatischen Diskussionen bewährt haben. Das ist jedoch ein Fortschritt in die Richtung, dass in der Rechtspraxis (Gerichtspraxis) vorhersehbare und damit planbare Entscheidungen getroffen werden können.“¹³ (3) **Die Kritik- und Fortbildungsfunktion** beinhaltet, dass die Rechtsdogmatik den Rechtsstoff systematisch ordnet, damit macht sie einerseits interne Lücken transparent und zeigt gleichzeitig die Grenzen des geltenden Rechts auf. Das gibt die Möglichkeit die Lücken geschlossen werden können. In dieser Hinsicht ist der Verdienst der Rechtsdogmatik auch das, dass sie gut ausgearbeitete und diskutierte Lösungsmodelle anbietet.“¹⁴

Aus dem Gesagten lässt sich ableiten, dass die Untersuchung und Analyse eines gegen einen Jugendlichen erlassenen **anonymisierten** Urteils die Praxis im Jugendstrafrecht im Sinne der stabilisierenden Funktion unterstützen würden. Zu erwarten wäre eine höhere Vorhersehbarkeit der Entscheidungen, die als Kennzeichen einer objektiven Justiz eine unentbehrliche Komponente des Rechtsstaates ist.

2. Akademische Freiheit

Die Ausübung wissenschaftlicher Tätigkeiten basiert auf der verfassungsrechtlich garantierten Wissenschaftsfreiheit. Art. 27 Abs. 3 der georgischen Verfassung (GV) gewährt sowohl die akademische Freiheit als auch die Autonomie der Bildungseinrichtungen. „Die akademische Freiheit ist ein spezielles Recht, das mit der wissenschaftlichen Wahrheitssuche im Lehr-, Lern- und Forschungsprozess in Verbindung steht.“¹⁵

¹² Muthorst, Olaf, Grundlagen der Rechtswissenschaft Methode – Begriff – System, 2019, S. 12, Rn.18.

¹³ Muthorst, Olaf, Grundlagen der Rechtswissenschaft Methode – Begriff – System, 2019, S. 12, Rn.19.

¹⁴ Muthorst, Olaf, Grundlagen der Rechtswissenschaft Methode – Begriff – System, 2019, S. 13, Rn.20.

¹⁵ Khoperia, Revaz., Akademische Freiheit als durch die Verfassung garantiertes Recht (Eine rechtsvergleichende Analyse am Beispiel Deutschlands, der USA und Georgiens), Zeitschrift des Verfassungsgerichts, Nr. 1-2, 2021, 219.

Nach der Deklaration des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft über die „Prinzipien der Autonomie und der akademischen Freiheit der Universitäten“¹⁶ ist die akademische Freiheit ein Institut, das den Lehrenden, den Studierenden sowie dem Verwaltungspersonal einer Hochschule bestimmte Freiheiten – insbesondere die Freiheit des Forschungs-, Lehr- und Lernprozesses – gewährt und eine damit verbundene Verantwortung begründet. Nach dieser Deklaration „**müssen stets die neuesten Forschungsergebnisse Einfluss in den Lehr- und Lernprozess finden**, wodurch einerseits der Lernprozess gründlicher und vielfältiger wird und andererseits wissenschaftliche Forschungsergebnisse mehr gesellschaftliche Beachtung finden sowie ihre erfolgreiche Anwendung zum Wohl der Gesellschaft und ihre Implementierung in das Lernprogramm gefördert wird.“ Ähnlich der Deklaration des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) der Lehr- und Forschungsfreiheit eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung von Universitäten verliehen.¹⁷ Nach Auffassung des BVerfG kommt der freien Wissenschaft sowohl für die Selbstverwirklichung des Individuums als auch für die Entwicklung der Gesellschaft eine tragende Rolle zu.¹⁸

Das deutsche Grundgesetz (GG) schützt auf Wissenschaft basierte Bildung, die sich im universitären Kontext vor allem der Verbindung von Wissenschaft und Lehre und den Studierenden eine qualitativ hochwertige Ausbildung gewährleisten soll.¹⁹ Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG („Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“) verpflichtet den Staat, die Universitäten, die Forschung und wissenschaftliche Lehre betreiben, durch finanzielle Leistungen sowie im Hinblick auf Organisation und Verfahren zu fördern.²⁰ Das BVerfG hat

¹⁶ <https://mes.gov.ge/uploads/News/+%20deklaracia.pdf> (zuletzt abgerufen: 04.07.2024).

¹⁷ BVerfG, Beschluss vom 06.03.2020, 1 BvR 2862/16, Rn. 22. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2020/03/rk20200306_1bvr286216.html

¹⁸ BVerfGE 35, 79 (113) (Hochschul-Urteil).

¹⁹ Khoperia, Revaz, Akademische Freiheit als durch Verfassung garantiertes Recht (Eine rechtsvergleichende Analyse am Beispiel Deutschlands, der USA und Georgiens), Zeitschrift des Verfassungsgerichts, Nr. 1-2, 2021, 221.

²⁰ Mager, Ute, Das Verhältnis von Steuerung, Freiheit und Partizipation in der Hochschulorganisation aus verfassungsrechtlicher Sicht, Ordnung der Wissenschaft 2019, 9.

den Gesetzgeber aufgerufen die akademische Freiheit vor solchen Gefahren zu schützen, die auf die Forschung und Lehre einen Einfluss ausüben können.²¹ Der Schutz, die Förderung und Unterstützung der Wissenschaft ist die positive Pflicht eines Staates.²²

Das Ziel von Wissenschaft und Lehre ist die Weitergabe des Wissens an die nächste Generation. Das Wissen basiert auf dem Kennenlernen und Verstehen der praktischen und theoretischen Aspekte einer Disziplin.²³ Der Philosoph *Michael Polany* sagte: „Wenn ich von Wissen spreche, beziehe ich mich also stets sowohl auf praktische als auch auf theoretische Kenntnisse.“²⁴ Auch im Bereich der Rechtssetzung kommen Gesetzgebung und Gesetzesänderungen durch eine Zusammenarbeit von Parlament, den Gerichten und der Wissenschaft zustande.²⁵

Anhand der vorangehenden Ausführungen soll im Folgenden dargestellt werden, wie die Einsicht in und Analyse von gegen Jugendliche erlassenen **anonymisierten** Urteilen diversen legitimen Zwecken dienen können. Dazu gehören die:

- Entwicklung des Jugendstrafrechts als Fachdisziplin,
- Identifizierung relevanter Probleme in der jugendstrafrechtlichen Praxis und deren Adressierung in der Gesetzgebung,
- fachgerechte Interpretation des Jugendstrafgesetzbuchs durch die Gerichte,²⁶
- Implementierung der neuesten Forschungsergebnisse im Bereich des Jugendstrafrechts in der universitären Lehre,
- Vermittlung theoretischen und praktischen Wissens im Bereich des Jugendstrafrechts an Studierende

(was sowohl für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung als auch den individuellen Erwerb beruflicher Fähigkeiten relevant ist),

- Unterstützung wissenschaftlicher Tätigkeiten (was sowohl die Wissenschaftsentwicklung als auch den Ansatz einer kritischen und analytischen Denkweise fördert),
- Vorhersehbarkeit von gerichtlichen Entscheidungen, die im konkreten Fall für die Verfahrensbeteiligten, im Weiteren aber auch die Beständigkeit der Rechtsprechung bedeutend ist,
- Entwicklung eines besseren Verständnisses der Gerichte von den Interessen der Jugendlichen und die damit verbundene Verbesserung der Strafrechtspolitik.

III. Die gesetzliche Regelung der Zugänglichkeit zu Entscheidungen in Jugendstrafverfahren

Gemäß Art. 29 Abs. 1 des Jugendstrafgesetzbuchs (JStGB) finden Gerichtsverhandlungen gegen Jugendliche unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. In seiner bis zum 13. Juni 2023 geltenden Fassung legte Art. 13 Abs. 3¹ des Allgemeinen Gerichtsgesetzes (AGG) fest, dass die Verkündung eines in öffentlicher Verhandlung erlassenen Entscheidung auf der Website des Gerichts zu erfolgen hatte. Fand die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, war lediglich die Entscheidungsformel auf der Website des Gerichts zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung der in der Entscheidung enthaltenen personenbezogenen Daten war gesetzmäßig zu entscheiden.

Änderungen von Art. 13 Abs. 3¹ AGG erfolgten zum 13. Juni 2023 und erneut zum 29. Mai 2024. Die Bestimmung lautet seither wie folgt: „Ein in öffentlicher Verhandlung erlassener Akt des Gerichts ist vollständig und unverzüglich nach seinem Erlass als öffentliche Information nach den diesbezüglich durch das allgemeine Verwaltungsgesetzbuch festgelegten Regeln der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Eine Veröffentlichung des Akts darf nur in anonymisierter Form erfolgen. Der Akt ist auf der Website des Obersten Justizrats Georgiens oder auf einer anderen, von dem erlassenden Gericht bestimmten Website zu veröffentlichen. Im Sinne dieser Bestimmung ist ein Akt jede von einem georgischen

²¹ BVerfGE 136, 338, Rn. 76.

²² *Khoperia, Revaz*, Die akademische Freiheit als durch Verfassung garantiertes Recht (Eine rechtsvergleichende Analyse am Beispiel Deutschlands, der USA und Georgiens), Zeitschrift des Verfassungsgerichts, Nr. 1-2, 2021, 224.

²³ *Kogge, Werner*, Einführung in die Wissenschaften. Wissenschaftstypen – Deutungskämpfe – Interdisziplinäre Kooperation, 2022, S. 152.

²⁴ *Polanyi, Michael*, Implizites Wissen, 1985, S. 16.

²⁵ *Schünemann, Bernd*, Strafrechtswissenschaft in einem zusammenwachsenden Europa. Sammlung des strafrechtswissenschaftlichen Symposiums, 2013, S. 435.

²⁶ *Gvenetadze, Nino/Turava, Merab*, Methodik der Entscheidungsfindung in Strafsachen, 2005, S. 23.

Gericht erlassene Entscheidung, einschließlich solcher, die nicht zur Beendigung des Rechtsstreits führen. Zu anonymisieren sind folgende Informationen: a) Name, Geburtsdatum, persönliche Nummer, Identifikationsnummer und Ausweisnummer der Person, Arbeitgeber und Arbeitsstelle; b) Ort der polizeilichen Meldung, gegenwärtiger Aufenthaltsort, Wohnort und Arbeitsort; c) Telefonnummer und E-Mail-Adresse; d) weitere vom Obersten Justizrat Georgiens festgelegte Informationen, die personenbezogene Daten enthalten. Die diesbezüglich relevanten Informationen werden im Bedarfsfall vom Obersten Justizrat Georgiens bestimmt.“

Die im vergangenen Jahr vorgenommene Änderung von Art. 13 Abs. 3¹ AGG betont die aktuelle Bedeutung und Notwendigkeit der öffentlichen Zugänglichmachung von Gerichtsentscheidungen. Während durch die Änderung vom 13. Juni 2023 eine weitgehende Neufassung der Norm erfolgte, wurden mit der Änderung vom 29. Mai 2024 nur noch zu geringfügige Anpassungen vorgenommen.

Die bis zum 13. Juni 2023 geltende Regelung des AGG bezog sich sowohl auf in öffentlicher Verhandlung als auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit erlassene Entscheidungen. Nach der Änderung enthält Art. 13 Abs. 3¹ AGG keine Regelung bezüglich der Veröffentlichung von unter Ausschluss der Öffentlichkeit erlassenen Entscheidungen. Da nach dem JStGB in Jugendstrafverfahren stets unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu verhandeln ist, blieb die Frage nach der Veröffentlichung der in solchen Verfahren erlassenen Entscheidungen nach der Gesetzesänderung vom 13. Juni 2023 folglich unregelt.

Gemäß Art. 2 Abs. 1 des Erlasses N 1/250 vom 12. September 2016 des Obersten Justizrats Georgiens „über das Verfahren der Erteilung und Veröffentlichung der Gerichtsentscheidungen durch die allgemeinen Gerichte“ hat jedermann das Recht auf Zugang zu einer Entscheidung, die unter Anwesenheit der Öffentlichkeit erlassen wurde. Erfolgte die Entscheidung unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ist das allgemeine Recht auf Zugang auf die Entscheidungsformel beschränkt.

Auch Art. 29 Abs. 1 JStGB betont die Notwendigkeit des Ausschlusses der Öffentlichkeit von der Gerichtsverhandlung, um die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten des minderjährigen Angeklagten zu vermeiden. Dies steht indes einer Einsicht und Analyse einer anonymisierten Entscheidung in einem Ju-

gendstrafverfahren nicht entgegen. Die Einsichtnahme und Analyse eines gegen einen Jugendlichen erlassenen, anonymisierten Urteils führt somit nicht zur Verletzung von Art. 29 Abs. 1 JStGB.

1. Zugänglichkeit von Gerichtsentscheidungen in Jugendstrafverfahren als Teil der Informationsfreiheit

Die Informationsfreiheit ist ein bedeutendes Grundrecht, das auf nationaler wie auch internationaler Ebene gesetzlich verankert ist. Gemäß Art. 10 Abs. 1 EMRK hat jede Person das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht umfasst auch die Freiheit, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Gemäß Art. 18 Abs. 2 GV hat jeder gemäß den durch Gesetz bestimmten Vorschriften das Recht auf Einsicht in die über ihn/sie in öffentlichen Institutionen geführten oder sonstige Informationen und offizielle Dokumente, soweit diese nicht ein geschäftliches bzw. berufliches Geheimnis enthalten oder zum Schutz der öffentlichen Sicherheit gesetzlich oder im Sinne der gesetzlichen Vorschriften als Staatsgeheimnis anerkannt sind. Gemäß Art. 10 Abs. 1 des Allgemeinen Verwaltungsgesetzbuchs (AVwGB) hat jeder das Recht in öffentliche Information der Verwaltungsbehörden einzusehen und eine Abschrift davon zu erhalten, soweit es sich nicht um Staats-, Berufs-, Geschäftsgeheimnisse oder personenbezogene Daten handelt. Laut Art. 2 Abs. 1 lit. m) AVwGB gelten als öffentliche Informationen offizielle Dokumente (darunter Skizzen, Modelle, Pläne, Schemata, Fotos, elektronische Informationen, Video- oder Audioaufnahmen), die in öffentlichen Einrichtungen aufbewahrt werden. Darüber hinaus fallen darunter die von öffentlich Bediensteten verarbeiteten, geschaffenen oder abgeschickten dienstlichen sowie die von der öffentlichen Einrichtung selbst veröffentlichten Informationen.

Die Betrachtung dieser Normen macht deutlich, dass ihr Zweck nicht darin besteht, den Zugang zu Informationen, darunter auch Urteile ohne personenbezogene Daten, für Wissenschaft und Forschung einzuschränken. Vielmehr besteht ihr Zweck darin, Personen davor zu schützen, dass die in öffentlichen Einrichtungen über sie aufbewahrten Informationen in die Hände Dritter gelangen. Gemäß Art. 28 Abs. 1 AVwGB sind öffentliche In-

formationen frei zugänglich, abgesehen von gesetzlich geregelten Ausnahmen und den Informationen, die dem Gesetz nach als Staats-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnisse oder personalbezogenen Daten gelten. Der Begriff der personenbezogenen Daten wird im Gesetz über den Schutz der personenbezogenen Daten definiert. Gemäß Art. 2 lit. a) dieses Gesetzes, handelt es sich bei personenbezogenen Daten (im Folgenden Daten) um sämtliche Informationen, die sich mit einer identifizierten oder identifizierbaren natürlichen Person in Verbindung bringen lassen. Eine Person gilt als identifizierbar, wenn ihre Identität direkt oder indirekt, nämlich durch eine Identifikationsnummer oder durch physische, physiologische, psychologische, wirtschaftliche, kulturelle oder soziale Indikatoren, festgestellt werden kann. Ein von derartigen Indikatoren bereinigtes Urteil gegen einen Jugendlichen kann folglich nicht als eine Information bezeichnet werden, die personenbezogene Daten enthält. Tatsächlich sind anonymisierte Urteile wissenschaftliche Materialien, die Informationen über die von einer nicht identifizierbaren Person begangenen Straftaten und die gegen sie gerichteten staatlichen Maßnahmen enthalten. Im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung werden nicht personenbezogene Informationen verallgemeinert und dazu verwendet, Vorschläge zur Verbesserung des Jugendstrafrechts zu erarbeiten und Fallbeispiele in die universitäre Lehre einzubringen. Gemäß Art. 3 lit. c) des Gesetzes über den Schutz personenbezogener Daten ist die Anonymisierung „eine derartige Bearbeitung der Daten, die eine Feststellung des Zusammenhangs zwischen ihnen und der betreffenden Person unmöglich macht oder zur Feststellung eines solchen Zusammenhangs einen außerordentlich hohen Arbeits-, Kosten oder Zeitaufwand verursachen würde.“ Unter Einhaltung dieser Vorgaben ist es also möglich, eine unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen einen Jugendlichen ergangene Gerichtsentscheidung zum Zweck von Wissenschaft und Forschung zugänglich zu machen. Das georgische Verfassungsgericht erklärt, dass das Gesetz die Einsicht in eine Verfahrensakte erlaubt, wenn die Anonymisierung der personenbezogenen Daten möglich ist und vor der Akteneinsicht vorgenommen wird.²⁷

²⁷ Verfassungsgericht von Georgien, Entscheidung N 01/376 (Stiftung für Medienentwicklung und Institut für die Entwicklung der Informationsfreiheit gegen das Parlament von Georgien), 07.06.2019, II, 19.

In derselben Entscheidung führt das Verfassungsgericht aus: „Unter Berücksichtigung der Funktion der Verfahrensakte und der Bedeutung der darin enthaltenen Informationen wird deutlich, dass es sich bei diesem Dokument um von einer öffentlichen Behörde aufbewahrte Informationen handelt, hinsichtlich deren Zugänglichkeit in einem demokratischen Rechtsstaat ein überragendes öffentliches Interesse besteht, ungeachtet dessen, welche konkreten Rechtsfragen im Einzelfall Gegenstand der Verfahrensakte sind.“²⁸

Gerichtlichen Entscheidungen wird praktisch schon naturgemäß häufig ein großes öffentliches Interesse zuteil. Dies betrifft auch das Jugendstrafverfahren, insbesondere weil das im Jahr 2015 verabschiedete JStGB mit dem Postulat der Berücksichtigung der besten Interessen des minderjährigen Angeklagten einen entsprechenden Standard für die Entscheidungsfindung gesetzt hat.²⁹ Insofern ermöglicht es die Analyse solcher Entscheidungen auch, Probleme und Fragen zu identifizieren und Lösungen zu finden.

2. Internationale Akte bezüglich der Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschung im Jugendstrafrecht

Die Notwendigkeit der Durchführung von wissenschaftlicher Forschung im Jugendstrafrecht wird in internationalen Akten anerkannt. Gemäß Art. 48 der Leitlinien der Vereinten Nationen für die Verhütung der Jugendkriminalität (Riad-Leitlinien) sollen Programme zur Kriminalitätsverhütung auf der Grundlage verlässlicher wissenschaftlicher Forschungsergebnisse geplant und entwickelt sowie deren Durchführung in regelmäßigen Abständen überwacht, evaluiert und entsprechend angepasst werden. Nach Art. 64 dieser Leitlinien soll die Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Erforschung wirksamer Ansätze zur Verhütung der Jugendkriminalität gefördert und die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten veröffentlicht und einer Evaluierung unterzogen werden.

²⁸ Ebd. II, 51.

²⁹ Ausführlich zum Thema des besten Interesses des Minderjährigen siehe *Shekiladze, Khatia.*, Das Wesen des Vorrangprinzips der besten Interessen des Minderjährigen, 2016, *Journal of Law*, 2016, 267 – 286.

Laut Art. 30.2 der Rahmenbedingungen der Vereinten Nationen für die Jugendgerichtsbarkeit (Beijing-Regeln) ist darauf hinzuwirken, dass eine regelmäßige Überprüfung und Evaluierung der Entwicklungen, Probleme und Ursachen der Jugendkriminalität sowie der unterschiedlichen besonderen Bedürfnisse inhaftierter Jugendlicher erfolgt. Gemäß der Kommentierung zu diesem Artikel „[...] wird es weithin anerkannt, daß die Forschung als Grundlage einer aufgeklärten Politik in Sachen der Jugendgerichtsbarkeit eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die jeweiligen Methoden stets dem neusten Wissensstand entsprechen und die Jugendgerichtsbarkeit ständig weiterentwickelt und verbessert wird. Der ständige Kontakt zwischen der Forschung und Politik ist im Falle der Jugendgerichtsbarkeit von besonderer Bedeutung. Angesichts der Tatsache, daß sich die Lebensweise der Jugendlichen und die Formen und Dimensionen der Jugendkriminalität rasch und häufig drastisch ändern, wird die Art und Weise, in der Gesellschaft und Justiz die Jugendkriminalität angehen, nur allzu schnell unzeitgemäß und unangemessen. Daher ist die laufende Einschätzung der Bedürfnisse der Jugendlichen sowie der in der Kriminalität zu beobachtenden Tendenzen und Probleme die Voraussetzung für eine Verbesserung der Methoden, die bei der Formulierung geeigneter Politiken und der Festlegung angemessener Formen des Eingreifens auf formeller wie auch nichtformeller Ebene Anwendung finden. In diesem Zusammenhang sollten die verantwortlichen Stellen die Forschungstätigkeit unabhängiger Personen und Gremien fördern. Es könnte sich als nützlich erweisen, die Ansichten der Jugendlichen selbst zu erfragen und zu berücksichtigen. Dabei könnte die Ansicht nicht nur derjenigen, die mit dem Justizsystem in Berührung gekommen sind, von Bedeutung sein. Im Planungsprozess muss einem wirksameren und gerechteren System besonderes Gewicht beigemessen werden. Zu diesem Zweck sollte man sich um eine umfassende laufende Einschätzung der Bedürfnisse und Probleme der Jugendlichen bemühen und klare Prioritäten setzen.“

Gemäß Art. 99 des 10. Kommentars des UN-Kinderrechtsausschusses (Ausschuss für die Rechte des Kindes) über die Rechte des Kindes in der Jugendgerichtsbarkeit empfiehlt der Ausschuss den Vertragsstaaten, die praktische Durchführung ihrer Jugendgerichtsbarkeit regelmäßig zu evaluieren, insbesondere die Wirksamkeit der von ihnen getroffenen Maßnahmen,

einschließlich derjenigen, die Diskriminierung, Wiedereingliederung und Rückfälligkeit betreffen. Vorzugsweise sollte die Evaluierung von unabhängigen akademischen Einrichtungen durchgeführt werden. Die Forschungsarbeiten zur Entwicklung der Jugendgerichtsbarkeit deuten bezüglich der Diversionsmaßnahmen bei Jugendkriminalität sowohl auf erfolgreiche als auch auf nicht erfolgreiche Aspekte hin. Internationale Standards verdeutlichen, dass die wissenschaftliche Forschung für die Entwicklung der Jugendgerichtsbarkeit von besonderer Bedeutung ist. Diese ist aber wiederum ohne die Analyse der gegen Jugendliche erlassenen Urteile nicht möglich.

Demnach ist die Einsicht und Analyse in **anonymisierte Urteile aus Jugendstrafverfahren** eine Voraussetzung die den internationalen Anforderungen entspricht und, wie oben bereits erwähnt, zur Entwicklung der Jugendgerichtsbarkeit beiträgt.

IV. Die Einschränkung des Rechts auf Zugang zu öffentlichen Informationen im Lichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips

Das AGG schließt die Einsicht in ein unter Ausschluss der Öffentlichkeit erlassenes anonymisiertes Urteil vorbehaltlos – somit also auch im Hinblick auf die wissenschaftliche Forschung – aus und erweist sich folglich als Einschränkung der in Art. 18 Abs. 2 der GV normierten Informationsfreiheit. Demnach liegt eine Einschränkung des durch Art. 18 Abs. 2 GV garantierte Recht vor. Daher ist zu prüfen, ob hier eine Schrankenregelung vorliegt und – wenn ja – ob diese rechtmäßig, geeignet, erforderlich und verhältnismäßig ist.³⁰ Mit Blick darauf, dass der Umfang des vorliegenden Aufsatzes in einem angemessenen Rahmen bleibt, können jedoch nur die Verhältnismäßigkeitsaspekte erörtert werden, die mit den hier zu besprechenden Fragen in Verbindung stehen.

Laut dem georgischen Verfassungsgericht „fordert das Verhältnismäßigkeitsprinzip, dass eine grundrechtseinschränkende gesetzliche Regelung, ein geeignetes und erforderliches Mittel zur Erreichung eines bedeu-

³⁰ *Izoria, Levan*, Kommentar zur Verfassung Georgiens, Kapitel II, georgische Staatsangehörigkeit, Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen, 2013, Art. 7, S. 27.

tenden öffentlichen (legitimen) Zwecks sein muss. Zugleich, soll die Intensität der Rechtseinschränkung zum angestrebten öffentlichen Zweck verhältnismäßig und angemessen sein. Es ist unzulässig, zugunsten ein legitimes Ziels die fundamentalen Menschenrechte einzuschränken.³¹

„Nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip können einander entgegengesetzte Interessen, Rechte oder rechtlichen Prinzipien durch eine Abwägung auf der Grundlage der Verhältnismäßigkeit miteinander in Einklang gebracht werden. Damit ist gemeint, dass dem Schutz derjenigen Interessen, Rechte und Rechtsgüter Priorität einzuräumen ist, deren Bedeutung die des entgegengesetzten übersteigt.“³² Im Kontext des hier gegenständlichen Themas stellt sich demnach die Frage, ob die Beschränkung bezüglich der Einsicht in anonymisierte Entscheidungen aus Jugendstrafverfahren eine Verletzung des von Art. 18 GV garantierten Grundrechts darstellt. In diesem Fall können sich zwei Interessen gegenüberstehen, nämlich der Schutz des minderjährigen Verurteilten vor der Veröffentlichung seiner persönlichen Daten und das Recht auf Zugang zu Informationen, die von öffentlichen Einrichtungen aufbewahrt werden. Zunächst ist diesbezüglich zu klären, welchem legitimen Zweck die Beschränkung bei der Einsicht in gegen Minderjährige erlassenen anonymisierten Urteile dient. Nach Auffassung des georgischen Verfassungsgerichts „hat jede Beschränkung der Grundrechte bei Fehlen eines legitimen Zwecks einen willkürlichen Charakter und ist bereits per se unrechtmäßig und verfassungswidrig.“³³

Zu fragen ist also, welchem öffentlichen Interesse – im Sinne eines legitimen Zwecks – die Einsicht und Analyse des gegen einen Minderjährigen erlassenen anonymisierten Urteils dient. „Der legitime Zweck muss die Fähigkeit haben, die Grundrechtsbeschränkung zu rechtfertigen. Derartige Zwecke ergeben sich aus den demokratischen Werten, auf denen Staat und Gesellschaft basieren.“³⁴ Das kann die Verletzung der Privat-

sphäre eines Minderjährigen sein. Dass der Schutz der Privatsphäre des Minderjährigen in der hier gegenständlichen Konstellation einen legitimen Zweck darstellt, ist jedoch von Anfang an ausgeschlossen. Da die Einsicht lediglich in eine zuvor anonymisierte Entscheidung erfolgt, besteht kein Risiko, dass es zu einer Verletzung der Privatsphäre kommt.

Bei der Urteilsanalyse bezieht sich das Interesse unter anderem auf diese Aspekte: Festsetzung des Strafmaßes, Berücksichtigung des individuellen Gutachtens über den Minderjährigen, Berücksichtigung von Strafmilderungs- und Strafschärfungsgründen, Anwendung der Normen des Jugendstrafrechts, Beachtung der besten Interessen des Minderjährigen durch die Prozessbeteiligten, Besonderheiten der Normanwendung, Einfluss Erwachsener auf den Jugendlichen, Begründung des Frei- bzw. Schuldspruchs.³⁵

Da das Recht eine bewertende Wissenschaft ist,³⁶ sind im Rahmen einer Entscheidungsanalyse die Auslegung und Anwendung der Normen des JStGB durch das Gericht von Bedeutung, nicht aber solche Informationen, die zur Identifizierung des minderjährigen Angeklagten dienen. Folglich ist die Identifizierung des Jugendlichen bei der Analyse einer Entscheidung nicht notwendig und ein Eingriff in die Privatsphäre des Jugendlichen nicht gegeben.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die Offenlegung personenbezogener Daten von Minderjährigen kein Ziel bei der Einsicht in gerichtliche Entscheidungen zu wissenschaftlichen Zwecken darstellt. Eine problematische Situation kann sich indes trotz Anonymisierung einstellen, wenn das Strafverfahren bereits ein großes öffentliches Interesse erweckt hat und die Gefahr besteht, dass die Feststellung der Identität des minderjährigen Straftäters aufgrund einer intensiven Medienberichterstattung möglich wird. In einem solchen Fall muss das Gericht entscheiden, ob eine Einsichtnahme zulässig ist. Da es sich dabei aber stets um Einzelfallentscheidungen handelt, lässt sich daraus keine Rechtfertigung für eine absolute Beschränkung des Rechts auf Zugang zu diesen Informationen ableiten.

³¹ Verfassungsgericht von Georgien, Entscheidung N 3/1/512 (Heike Cronqvist gegen das Parlament von Georgien), 07.06.2019, II, 60.

³² *Loladze, Besik/Phirtskhalashvili, Ana*, Grundrechte, Kommentar, 2023, S. 59.

³³ Verfassungsgericht von Georgien, Entscheidung N 3/1/531 (Tamaz Janashvili, Nana Janashvili und Irma Janashvili gegen das Parlament von Georgien), 05.11.2013, II, 15.

³⁴ *Loladze, Besik/Phirtskhalashvili, Ana*, Grundrechte, Kom-

mentar, 2023, S. 63.

³⁵ *Gvenetadze, Nino/Turava, Merab*, Methodik des Entscheidungsfindung in Strafsachen, 2005, S. 116 ff.

³⁶ *Turava, Merab*, Strafrecht, Grundriss des Allgemeinen Teils, 9. Aufl., 2013, S. 38.

Ein legitimer, die Grundrechtsbeschränkung rechtfertigender Zweck könnte in dem Schutz der Gerichte vor Überlastung bestehen, denn die Anonymisierung von Entscheidungen ist mit zusätzlichem Arbeitsaufwand verbunden. Soll beispielsweise die Einsicht in eine größere Zahl von Entscheidungen erfolgen, kann dies einen erheblichen Mehraufwand für ein Gericht bedeuten. Gleichwohl ist dieser legitime Zweck einer Interessenabwägung zu unterziehen und festzustellen, ob das Interesse an der Vermeidung einer Überlastung der Gerichte im Hinblick auf das Interesse am Zugang zu öffentlichen Informationen überwiegt.

Nach der Entscheidung des georgischen Verfassungsgerichts „ist die Gewährleistung des Rechts auf Einsicht in Gerichtsentscheidungen auch mit der Rechenschaftspflicht der Justiz gegenüber der Gesellschaft und mit dem Erhalt des gesellschaftlichen Vertrauens in die Gerichte verbunden. Aus diesem Grund ist der uneingeschränkte Zugang zu den Volltexten gerichtlicher Entscheidungen von besonderer Bedeutung.“³⁷

Weiterhin macht das georgische Verfassungsgericht deutlich: „[...] die durch Gesetz festgelegten Garantien des fairen Verfahrens müssen dem Gerechtigkeitsverständnis der Gesellschaft entsprechen. Transparente, vollständige, adäquate und ausreichende Verfahren garantieren die Legitimität gerichtlicher Entscheidungen und deren Anerkennung durch die Gesellschaft sind von höchster Bedeutung, weil sie sowohl für die Vertrauenswürdigkeit der Gerichte als auch das Vertrauen in die Staatsgewalt insgesamt relevant sind.“³⁸

Nach Ansicht des georgischen Verfassungsgerichts „erlassen die allgemeinen Gerichte im Rahmen ihrer Kompetenz Entscheidungen, die mit den normativen Gesetzesinhalten, deren praktischer Anwendung und dementsprechend deren Vollstreckung in Verbindung stehen. Daraus folgt, dass die Normenauslegung durch die allgemeinen Gerichte große Bedeutung für die Inhaltsbestimmung von Gesetzen hat.“³⁹ Die Analyse der

Verfassungsgerichtsentscheidungen macht deutlich, dass ein legitimer Zweck der Zugänglichkeit gerichtlicher Entscheidungen – darunter auch die in Jugendstrafverfahren – in der Kontrolle der Judikative durch die Gesellschaft sowie der Vertrauensbildung gegenüber der Rechtsprechung und der Auslegung normativer Gesetzesinhalte besteht.

Die Notwendigkeit einer Analyse der Rechtsprechung in Jugendstrafverfahren wird anhand zweier Urteile (Stadtgericht Rustavi, Entscheidung vom 12. Juni 2017, Amtsgericht Khelvachauri, Entscheidung vom 18. März 2022) deutlich, in denen es erheblichen Fehlern bei der Anwendung des JStGB gekommen ist. In beiden Fällen wurde der minderjährige Angeklagte zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt und diese Strafe nach Art. 73 JStGB gemildert. Art. 73 JStGB sieht die Möglichkeit der Strafmilderung indes nur den Fall der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe vor.

Die Einsicht in anonymisierte Urteile und deren Analyse ist zur Erreichung der genannten legitimen Zwecke von besonderer Bedeutung, konkret:

- die Rechenschaftslegung durch die Gerichte,
- die Kontrolle der Judikative durch die Gesellschaft,
- der Aufbau des gesellschaftlichen Vertrauens in die Rechtsprechung,⁴⁰
- die Studie der gerichtlichen Normauslegung,
- die Entwicklung der Jugendgerichtsbarkeit als Fachgebiet,
- die Identifizierung von Problemen und Fragen im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit und deren Behebung bzw. Beantwortung (unter Berücksichtigung des Postulats der Berücksichtigung der besten Interessen des Minderjährigen),
- die Implementierung neuer Forschungsergebnisse in die Praxis der Jugendgerichtsbarkeit,
- die Vermittlung von theoretischem und praktischem Wissen an die Studierenden.

Die Bedeutung dieser legitimen Zwecke überwiegt gegenüber dem Risiko einer Überlastung der Gerichte, die sich aus der Aufbereitung der Entscheidungen zur Einsicht ergeben könnte.

³⁷ Verfassungsgericht von Georgien, Entscheidung N 01/376 (Stiftung für Medienentwicklung und Institut für die Entwicklung der Informationsfreiheit gegen das Parlament von Georgien), 07.06.2019, II, 47.

³⁸ Verfassungsgericht von Georgien, Entscheidung N 3/2/574 (Giorgi Ugulava gegen das Parlament von Georgien), 23.05.2014, II, 59.

³⁹ Verfassungsgericht von Georgien, Entscheidung N 1/2/552 (Liberty Bank gegen das Parlament von Georgien), 04.03.2015,

II, 16.

⁴⁰ Vgl. *Turava, Merab*, Art. 42, Kommentar zur georgischen Verfassung, Kapitel II, georgische Staatsangehörigkeit, Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen, 2013, S. 534.

V. Schlussfolgerung

Ausgehend von den Ausführungen in diesem Aufsatz lässt sich sagen, dass die Einsicht in **anonymisierte Entscheidungen in Jugendstrafverfahren** und deren wissenschaftliche Analyse nicht in das Recht des Minderjährigen auf Schutz seiner Privatsphäre eingreift. Zudem kommt den aufgezeigten legitimen Zwecken eine höhere Bedeutung zu als dem Schutz der Gerichte vor Arbeitsüberlastung. Um diese Zwecke tatsächlich erreichen zu können, ist eine entsprechende Anpassung der Gesetzeslage zu fordern. Diese könnte in folgender Ergänzung von Art. 13 AGG und/oder von Art. 2 des Erlasses des Obersten Justizrats Georgiens N 1/250 vom 12. September 2016 „über das Verfahren der Erteilung und Veröffentlichung der Gerichtsentscheidungen durch die allgemeinen Gerichte“ bestehen: „Die Einsicht in unter Ausschluss der Öffentlichkeit erlassene Entscheidungen zu wissenschaftlichen Zwecken ist zulässig. Die in der Entscheidung enthaltenen personenbezogenen Daten sind zu anonymisieren.“